

2026/I/Ges/3

Beschluss

Annahme

Die Hebammenversorgung am Limit: Jetzt handeln für eine sichere Geburtshilfe!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg, möge mit anschließender Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft und des Bundestages setzen sich mit Nachdruck im Rahmen ihrer jeweiligen Gesetzgebungskompetenz für die sofortige Umsetzung umfassender Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Geburtshilfe ein. Wir fordern:

- Systemwechsel in der Vergütung: weg von pauschalen Abrechnungen hin zu einer differenzierten, wertschätzenden und patientenorientierten Vergütung.
- Die Rufbereitschaftspauschale soll auf mindestens 500 Euro monatlich, perspektivisch auf 700 Euro monatlich, angehoben werden.
- Deutliche Erhöhung der Vergütung für Hausgeburten und Beleggeburten.
- Einführung eines regelmäßigen Inflationsausgleichs für Hebammenleistungen im GKV-Leistungskatalog.
- Vergütung von Anfahrtszeiten bei Hausbesuchen, insbesondere in ländlichen Regionen.
- Einführung einer zusätzlichen Pauschale für Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand.
- Förderung der flächendeckenden Einführung von Hebammenstudiengängen.
- Methodische und finanzielle Stärkung von Praxisanleitungen im Hebammenstudium. (Konkret: Einführung einer bundesweiten einheitlichen Vergütungspauschale für Praxisanleiter*innen sowie Bereitstellung didaktischer Qualifizierungsangebote.)
- Bundesweite Förderung mietfreier oder mietreduzierter Räume für freiberufliche Hebammen.
- Langfristig fordern wir: Einführung eines gesetzlichen Mindeststandards für die Geburtshilfe: eine Hebamme pro gebärende Person während der aktiven Geburtsphase (1:1-Betreuung).

Überweisen an

Bundesparteitag